

**Walter H. Asam  
Uwe Altmann  
Wolfgang Vogt**

# **Altsein im ländlichen Raum**

München: Minerva 1990  
Schriftenreihe Kommunale Sozialpolitik, Band 7

## 8.2 Sozialberichterstattung: Der Datenreport als erster Schritt, die Praxistheorie als Methode

Die abschließenden methodischen Anmerkungen sind in dem Rahmen zu sehen, daß wir mit der Präsentation einer Repräsentativbefragung alter Menschen den zentralen Schritt eines Elements der Sozialplanung, nämlich die Sozialberichterstattung vorführen. Das Beispiel verdeutlicht, wie nötig alltagsrelevante Daten(bestände) und ihre angemessene Verarbeitung sind. An dieser Stelle die Funktion der Sozialberichterstattung auszuführen, würde den Rahmen sprengen. Mit zwei Überlegungen wollen wir es hier bewenden lassen.

### Zur unerträglichen Seichtigkeit des Scheins

Gewiß, jeder hat seinen persönlichen Scheinwerfer, mit dem er **seine** Wirklichkeit ausleuchtet. Das Wissen aus der eigenen Betroffenheit kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Doch die Wissensgrenze aus und durch die eigene Betroffenheit ist dort erreicht, wo die Betroffenheit über das Individuelle hinausreicht, wo es um gesellschaftliche **Mengenprobleme** geht. Welcher Kommunalpolitiker hat denn keine Eltern und Großeltern mehr oder ist nicht selber bereits so alt, daß er eigentlich nicht mit dem Problem des Alters konfrontiert wäre? Jeder hat doch seine privat-persönliche Stichprobe. Durch welches Medium wird denn gegenwärtig die Verallgemeinerung von der individuellen zur repräsentativen Stichprobe gemacht? Wie weit die Massenmedien ein gerüttelt Maß Anteil am Verlorengehen des Greifenkönnens, an der De-information der Gemeinschaft haben, kann bei der galoppierenden Kommerzialisierung nur geschätzt werden. Klar ist aber: Massenmedien können nur mit den Daten ein gesellschaftliches Bild der Wirklichkeit senden, die sie haben. Andernfalls kann nur durch geschickte Moderation ein Schein produziert werden.

Der Datenreport schließt für's erste den Großteil einer bundesweit bestehenden Informationslücke. Heißt dies, daß damit eine Wiederholung derartiger Erhebungen in vergleichbaren Räumen sich erübrigt und Verschwendung bedeutet? Nimmt man die Daten als bundesweit repräsentativ im ländlichen Raum, so lautet die Antwort für die traditionelle Forschung sicherlich erstmals „ja“. Jedoch: Die selbstbetriebene Gewinnung und

gemeinsame Aufbereitung von Daten, die Auskunft über das eigene Gemeinwesen geben, gehört zur Grundvoraussetzung einer rationalen und aktiven Gestaltung des Gemeinwesens.

Die herrschende depressive Grundstimmung bei der Gestaltung des alltäglichen Gemeinwesens, der Kommunalpolitik, hängt eng zusammen mit der Unerträglichkeit des alltäglichen Scheins, hinter dem zumindest das nicht steht, was er vorgibt. Wie wirkt beispielsweise Sozialhilfe auf einen Hilfebedürftigen, wenn sie nicht hilfreich ist? Sozialhilfe ist in manchen Fällen nicht nur nicht-hilfreich, sie bewirkt nicht zuletzt Hilfebedarf induzierende Effekte. „Depressionen entstehen dann, wenn man die Situation nicht mehr kontrollieren, nicht mehr steuern kann.“ Zielgerichtete Steuerung setzt voraus, daß man das System kennt, das man steuern will.

Bei den Parteien herrscht seit geraumer Zeit in weiten Bereichen eine erhebliche Übereinstimmung in der Zielfrage. Offen ist, welche Wege die Gemeinschaft beschreiten soll, weil man letztendlich doch nicht weiß, wo man derzeit steht. Typisches Beispiel: Was bedeutet Familienpolitik denn, wenn man nicht sagen kann, ob es „die Familie“ noch gibt oder nicht.

Ein Datenreport braucht gegenwärtig nicht die letzten gesellschaftlichen Feinheiten wie unter einem Mikroskop wiedergeben. Vielmehr sind datengestützte, also fundierte Informationen zu den Eckpfeilern der Gemeinschaft gefragt.

Für diejenigen, die als Akteure die Gemeinschaft mitgestalten wollen oder sollen, seien dies Politiker oder Bürger, ist es nötig, daß sie als Basis ihres gemeinschaftsorientierten Handelns ein **gemeinsames Bild** von der sozialen Wirklichkeit haben. Für eine gemeinsame Basis ist es nicht zwingend notwendig, daß man das gleiche Bild ebenso gleich bewertet. Sisyphusarbeit ist es jedoch, bei Vorliegen unterschiedlicher Bilder und divergierender Bewertungen des gleichen objektiven Sachverhaltes eine Annäherung in der Sache durch Zusammenarbeit zu verlangen.

Kommunales Leben vor Ort setzt einen gemeinsamen „Stadtplan“ des gemeinsamen sozialen Alltags voraus (in dem jeder sich frei bewegen kann). Wenn in einer dynamischen Gesellschaft das Wissen über soziale Tatsachen vor Ort nicht Schritt hält mit der Dynamik des sozialen Wandels, so ist jede soziale Steuerung ein Herumstochern im Nebel. Was man schützen und pflegen will, kann dabei leicht „erstochen“ werden.

Wie soll sich ein Solidarwesen entwickeln, wenn keine gemeinsame Plattform – auf die man sich stellen kann – für jeden zu sehen ist?

Die Ergebnisse derart selbst gewonnener Datenbasen können zwischen unterschiedlichen Kommunen noch so ähnlich sein – der verbindende und sinnstiftende Effekt der datengestützten gemeinsamen Aufarbeitung des eigenen Gemeinwesens kann nicht hoch genug eingeschätzt werden (ABELE 1989).

### **Subjektive Daten – und etwas zur Methode und ihren Auswirkungen**

Der Erkenntnisgewinn von Befragungen wird bisweilen dadurch relativiert, daß man ins Feld führt, es handelt sich bei den Angaben nur um Verhaltensabsichten ohne Verhaltensrelevanz sowie generell um die subjektive Sichtweise der Befragten. Beide Argumente stimmen für sich genommen zweifelsohne. Im Zusammenhang mit einer Planungsaufgabenstellung bekommt die subjektive Herangehensweise aber eine ganz andere Dimension.

Wer ein Konzept für eine Altenarbeit entwickeln will, worin der ältere Mensch selber nicht Objekt, sondern auch integriertes aktives Subjekt sein soll, muß dessen subjektive Sichtweise als solche einfließen lassen. Denn die Einschätzungen und Meinungen sind ebenso handlungsleitend und planungsrelevant wie die Handlungen selbst. (Thomas-Theorem: „Things which are defined as real are real in their consequences.“)

Ein typisches Beispiel hierzu ist die Frage zur Engagementbereitschaft: Befragte geben eine hohe Bereitschaft an, daß sie anderen Mitmenschen helfen würden, wenn... In der Tat helfen sie dann aber nicht (bzw. nicht annähernd im angegebenen Umfang). Dieses Beispiel hat eine befragungstechnische und eine sozialplanerische Komponente. Beide hängen zusammen, sind aber getrennt zu betrachten. Befragungstechnisch muß in der Tat sauber unterschieden werden zwischen der latenten Bereitschaft und dem faktischen Verhalten. Sozialplanerisch gilt es, beide als solche zu akzeptieren und sie nicht als Widerspruch des Befragten abzutun, sondern zu überlegen, **warum** die Bereitschaft und der geäußerte Wille nicht realisiert wird oder werden kann! Nicht selten liegt die Ursache der Nicht-Realisierbarkeit ja genau in jenen Infrastrukturzusammenhängen begraben, die es zu gestalten gilt. Konkret: Wenn der Standort, an dem das Engagement nötig wäre, mangels schlechtem ÖPNV nicht erreicht werden kann, dann gilt es genau jenes Defizit zu beheben. Oder: Das Gruppenleben in einer Altenbegegnungsstätte kommt nicht richtig in Gang, weil kein gruppenspezifisch kompetentes hauptamtliches Personal angestellt ist, sondern nur selbstengagierte

Laienhelfer sich bemühen. Hier ist Hilfe zur Selbsthilfe geboten! (ASAM u. a. 1989)

Gerade wenn man selber alle Erhebungsarbeiten durchführt, kennt man die Qualität der Datenbasen, so daß man den Angaben der Befragten das ihnen zukommende Gewicht zubilligen kann. Gerade bei der Erfassung dieser Altenbefragungsdaten wuchs bei uns die Überzeugung von der Antwortehrlichkeit der Befragten: Wenn Personen eine Bereitschaft signalisieren, dann ist es weniger soziale Erwünschtheit als tatsächliche Bereitschaft und konkreter Wille. Die Angaben sind für sich ernstzunehmen. Sachliche Dissonanzen spiegeln in der Regel **dissonante Wirklichkeiten** wider! Statistiken können lügen. Es wäre ein Fehler, dies implizit den befragten Betroffenen zu unterstellen. Betroffenheit ist in ihrer Subjektivität wiederzugeben.

Die (subjektiven) Befragungsdaten waren aber nur die eine Seite derjenigen Medaille, die die soziale Wirklichkeit einfangen soll(te). Die andere Seite war die Diskussion dieser Befragungsdaten und der von uns vorgestellten Interpretation in sechs Planungsgruppen und bei drei öffentlichen Anhörungen. Wenn man so will, haben wir eine Kreuzvalidierung der Aussagen durch einen neuen Mix von quantitativen und qualitativen Methoden durchgeführt.

Bei einzelnen Punkten konnten die Befragungsdaten mit statistischen Angaben verglichen werden. Ein Beispiel kann die Güte der Befragungsdaten anschaulich verdeutlichen, wobei zugleich ein geradezu typischer Effekt einer derartigen Datenbasis wie auch des „persönlichen Stichprobeverfahrens“ vorgeführt wird:

Im Rahmen einer Planungsgruppensitzung wurde die Zuverlässigkeit der Befragungsdaten von einer planungsrelevanten Person (einer Sozialdezernentin) grundsätzlich in Frage gestellt, wobei als Begründung die Angaben der Befragten zu deren Inanspruchnahme der Sozialstationen vorgebracht wurden. Sie erläuterte, daß man bei Fahrten im Landkreis überall und immer die Schwestern der Sozialstation mit ihren Autos sehen würde. Auf Nachfrage schätzte sie, daß etwa 20% aller Senioren Leistungen der Sozialstation in Anspruch nehmen würden. Demgegenüber liegen in diesem Kreis die Befragungswerte bei 3,6%.

Bei der unabhängig von der Repräsentativbefragung bei den Einrichtungen durchgeführten Bestandsanalyse ergaben sich Nutzungswerte der Sozialstation von 3,0%.

Dieses Beispiel weist auf mehrere typische Probleme hin, die wiederum in sich zusammenhängen. 1. Gut sichtbare Leistungen werden überschätzt. (vgl. der Vorrang der – gut sichtbaren! – Sozialpolitik in Beton gegenüber den „unsichtbaren“ Dienstleistungen. These: Hätten die Schwestern kein Auto – oder eines ohne Beschriftung, dann würde die Wahrnehmung durch sozialpolitisch relevanten Personen deutlich geringer ausfallen.) 2. Gleichwohl über Jahresberichte oder Leistungsnachweise das Leistungsspektrum einer zentralen Einrichtung der Altenhilfe bekannt sein müßte, differiert die „öffentliche“ Wahrnehmung um rund 600 Prozent. (Welches Verständnis von Daten liegt vor? Wie ernst werden die eigenen Prozeßdaten genommen?) 3. Wie wird bei einer solchen „Informationsbasis“ relevanter Akteure der Bedarf und der Bestand an sozialpolitischen Leistungen gesehen und gesteuert?

Wie ist es möglich, daß erst nach 40 Jahren Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland Instrumente wie das der Sozialberichterstattung – vor Ort und sehr zögerlich – in die öffentliche Diskussion Eingang finden?

## **Zum Schluß: Kommunalisierung und Gemeindeorientierung**

Gleichwohl wir einen engen Zusammenhang zwischen der gesellschaftspolitischen Makroebene bzw. der Wirtschaftspolitik mit der Mikroebene einzelner Personen(gruppen) sehen, wobei sich im sozialen Alltag neue Strukturen herauskristalisieren und alte brechen, plädieren wir dafür – nicht zuletzt im Sinne unserer Praxistheorie – die sich abzeichnende Sozialdynamik und -struktur für sich durchzuspielen, damit die Chancen und Probleme, die derzeit in ihr stecken, greifbar werden.

Wohin es führt, wenn nur die andere Sichtweise praktiziert wird, hat STOIBER, der ja sicherlich nicht als ein Sozialromantiker gelten kann, wie folgt auf den Punkt gebracht: *„Wenn heute Wirtschaftsvertreter und Wirtschaftspolitiker immer noch gegen die Familienpolitik polemisieren und kämpfen, dann sägen sie den Ast ab, auf dem sie selbst sitzen.“* (1986). Damit dieser „Ast“ besser sichtbar wird, bedarf es neuer Anstrengungen. Eine besteht darin,

die Beschränktheit eines engen Familienbegriffs zu öffnen und insbesondere allen sozialen (Klein)Gruppen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Insgesamt stellt sich die Frage, an wen sich die Forderung nach einer sozialen Altenpolitik richtet. Wer ist „zuständig“, wer wird vom Bürger eingefordert oder wo bilden sich eventuell neue „natürliche“ Ansätze?

Bislang wurde die Frage danach, wer die Senioren versorgt, ja auch nicht nur durch den Verweis auf den Sozialstaat erledigt. Vielmehr kam da zunächst und vor allen Dingen die Familie als primäres, „natürliches“ Netzwerk in Betracht.

Vor dem Hintergrund der sogenannten Krise des Sozialstaates und dem Zerfall der Familie kann derzeit nur ein Phänomen ausgemacht werden, das sich in seinen Konturen umrißartig zeigt, mit Kommunalisierung meist bezeichnet wird und dabei bereits schon (wieder) Gefahr läuft, falsch verstanden oder mißbraucht zu werden.

Von **Kommunalisierung der Sozialpolitik** wird meist in dem Zusammenhang gesprochen, daß einerseits als Folge von bundesstaatlicher Politik neue soziale Probleme vor Ort auftreten, andererseits die Landes- und Bundesebene sich entlastet, indem sie bislang reklamierte Aufgaben an die Kommune weiterreicht. Gleichwohl man sich dabei des Eindrucks nicht erwehren kann, daß dabei vieles nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ läuft, kommt man auch zum Ergebnis, daß dies das Ergebnis einer bewußten und beabsichtigten Bundespolitik ist, die 1982 als „Wendepolitik“ startete und insbesondere den Abbau oder zumindest den Rückbau des Sozialstaates zum Ziel hatte. Einschnitte in das große Netz der sozialen Sicherung wurden gemacht.

Parallel stieg das Bewußtsein für die kleinen sozialen Netze vor Ort an. Die Selbsthilfebewegung setzte ein. Sie beschränkt sich nicht nur auf Selbsthilfegruppen sondern hinterfragt auch die freien und öffentlichen Träger vor Ort. Der Bürger scheint einen gemeinschaftlichen Ansprechpartner und Partner allgemein vor Ort zu suchen. Zu vermuten ist, daß diese Suche durch den Entzug einer kalkulierbaren Sozialpolitik durch den Bund einerseits und durch das Entschwinden der Familie als feste Größe andererseits wenn nicht verursacht, so doch beschleunigt wird.

Man kann auch anders fragen: Welche Alternativen bieten sich dem Bürger, wenn einerseits die Kommerzialisierung irgendwie vermarktbarer Güter anhält und die soziale Dimension des Staates und seiner parastaatlichen Wohlfahrtsverbände nicht nur zur Disposition gestellt wird, sondern tat-

sächlich „verramscht“ wird? Aus einem derjenigen Bereiche, in denen das Phänomen von Selbsthilfegruppen am deutlichsten Früchte trägt und am besten erforscht ist – dem Gesundheitswesen –, ist bekannt, daß die neue Ressource erst so richtig als Reaktion auf Mißstände des bisherigen Versorgungssystems erblüht ist.

Unter Kommunalisierung kann somit positiv ein weiter Rahmen verstanden werden, in dem neue Ansätze der Sozialpolitik so entstehen und entwickelt werden können, daß der Bürger in seiner soziale Bürgerrolle aktiv werden kann. Hier kann er sich von seiner ihm zugeschriebenen Rolle des Transfer- und Almosenempfängers und Klienten emanzipieren.

Was auf der Makroebene die Aufwertung der Kommune, die Kommunalisierung ist, bedeutet für die gesellschaftliche Mikroebene die **Gemeindeorientierung**.

Die aktuellen Daten zur Situation der älteren Generation im ländlichen Raum skizzieren eine ganz klare Perspektive vor Ort, wenn es um die Verortung der Senioren im Bereich des sozialen Engagements und der Vernetzung geht: Sie suchen eine persönliche und gemeinschaftliche Einbindung im sozialen Umfeld. In der Gemeinde spielt sich das Leben ab.

Aber das Gemeindeleben ist im Umbruch. Auch hier sind die traditionellen Institutionen nicht mehr das, was sie – vielleicht – früher waren: Sportvereine sind mit kommerziellen Studios konfrontiert. Von denjenigen (Sport)Vereinen, deren Vereinsleben blüht, kann man nicht behaupten, daß ihre Senioren eine neue Altersrolle innerhalb ihres Vereinsleben entwickeln können. – Das Land hinkt auch hier nur ein wenig der städtischen Entwicklung hinterher.

Sowohl forschungs- als auch sozialpolitisch höchst interessant ist dabei die Überlegung: Müssen alle Fehler der Städte durch das Land ebenso gemacht werden, oder kann das Land gewisse Entwicklungen gleichsam überspringen. Konkret: Soll der Einsatz professioneller Alten- und generell Sozialarbeit im ländlichen Raum erst dann starten, wenn die Selbsthilfepotential so weit heruntergekommen sind, wie das im städtischen Raum beklagt wird? (ASAM/HECK 1983)

Gesellschaftlich verantwortliche Sozialforschung hilft bei gesellschaftlichen Lernprozessen und wird dann angefragt, wenn diese Lernprozesse über das Stadium des reinen trial-and-error hinauskommen sollen. Erfolgreiches Altern, wie auch wirksame Sozialpolitik konstituiert sich durch Antizipation und Prävention – jedes Einzelnen wie auch der Gesellschaft.